Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur der Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Leipzigerstraße 103, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 33, ferner bei allen Postämtern und Zeitungsspediteuren.

Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Blatt „ULK“, die feuilleton. Montags-Ausgabe „Heiteres“, die „Technische Rundschau“, das Sonntagsblatt „Deutsche Leihbücherei“ und „Haus Hof Garten“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf. Ausland excl. Postaufschlag; für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2 M., vierteljährlich 6 M. Direct unter Kreuzband vierteljährlich: für's Ausland 15 M., für's Inland 14 M. Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Leipzigerstraße 103, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 33, angenommen.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 450. Berlin, Freitag, den 21. September 1900. XXIX. Jahrgang.

Khaki-Wahlen.

(Von unserem Korrespondenten.)

β **London**, 19. September.

Das seit Wochen Erwartete ist eingetroffen, die Regierung hat das Parlament aufgelöst, und bis Mitte Oktober werden wir eine neue Kammer haben, die, wenn nicht alles trügt, die alte sein wird. Die Liberalen sind sich darüber selbst nicht im Unklaren; sie begnügen sich heute schon mit der nicht sehr stolzen Hoffnung, daß sie die Majorität von 152, über die das Kabinet nach den Wahlen von 1895 verfügte, unter 100 herunterbringen, während die Konservativen der absoluten Gewißheit leben, daß sie ihre etwas durch Ergänzungswahlen geschwundene Majorität auf das alte Niveau zurückführen werden. „Wie dem auch sein mag,“ sagt heute ein Tory-Blatt, „jede dreistellige Ziffer ist annehmbar.“

Die Opposition stellt sich sehr erzürnt, daß die Regierung die Wahlen schon jetzt anberaumt hat. Wir vermuthen, ein liberales Kabinet hätte unter analogen Verhältnissen sich ebenfalls eine längere Regierungsdauer gesichert. Es ist ja richtig, daß ein wirklicher Anlaß für die Auflösung des Parlamentes nicht vorliegt. Es ist momentan kein Bruch in der politischen Lage vorhanden. Die Dinge in Transvaal haben ihren normalen Lauf genommen. Lord Roberts hat die Annektirung ausgesprochen, kurz, wir sehen keine Frage, keine neue Schwierigkeit, die den Appell an das Land rechtfertigte. Es wäre daher nur konsequent gewesen, daß die Regierung, auf die parlamentarischen Kräfte gestützt, die während des ganzen Krieges hinter ihr gestanden haben, auch das Unternehmen mit diesen Kräften zu Ende geführt und eine klare Situation geschaffen hätte, infolge deren der Appell an die Wähler auf Grund politischer Programme hätte erfolgen können.

Heute liegt die Sache doch so, daß die Wahlen auf Grund der einen, schon heute von Niemand bestrittenen Frage erfolgen: Ist Euch unsere Transvaal-Politik genehm, und soll sie bis zu den letzten Konsequenzen verfolgt werden? Es ist doch nur politische Heuchelei und der alte „Cant“, wenn die Regierung sagt, wir brauchen hierfür ein jugendfrisches Parlament, welches uns trägt und unterstützt, und müssen uns zu diesem Zwecke des absterbenden Parlamentes — nota bene seine natürliche Lebensdauer wäre noch zwei Jahre — auf alle Fälle entäußern. Wir haben schon oben erwähnt, daß das „neue jugendfrische“ Parlament eben wieder das „alte absterbende“ sein wird, dessen durch das Untertauchen in den Jungbrunnen einer Wahl gewonnene Kraft doch kaum länger vorhalten wird, als bis eben die Transvaal-Angelegenheit erledigt ist.

Oder beabsichtigt die Regierung, durch ihre mittels der Neuwahlen erfolgte Bestätigung den Buren den Beweis zu führen, daß jeder weitere Kampf nutzlos ist, daß vor dem über ihr Schicksal einigen Volk jede Erwartung auf Intervention durch Dritte hinfällig würde? Ist diese Wahldemonstration vielleicht auch für Andere, nicht blos für die Buren als Einschüchterungsmittel erdacht? In diesem Falle, meinen wir, ist der Kraftaufwand ein zu großer. „Ein konservativer Triumph bedeutet ein schnelles Ende des Krieges,“ schreibt ein Tory-Blatt. Zu unserer Ueberraschung — hat man uns doch schon seit mehreren Tagen in allen Tonarten vorgesungen, der Krieg ist zu Ende! Wäre die Proklamation der Annektirung Transvaals sonst logisch?

Die gegenwärtige Regierung hat bei den Wahlen übrigens alle Atouts in der Hand. Ihre Redner werden auf die kriegerischen Erfolge in Südafrika, auf den Erwerb eines mächtigen, goldgesegneten Landkomplexes hinweisen. Die ersten Regimenter werden, um den Erfolg lebendiger vor Augen zu führen, sich auf die Heimreise begeben. Einige werden im Laufe der Wahlen schon zurück sein. Man wird sie auf der Straße paradiren lassen, nachdem sie sich auf der Heimreise erholt haben und in brandneue Uniformen gesteckt worden sind. Die Königin hat ihren Wahlbeitrag auch schon zu Gunsten des Kabinets hergegeben. Deputationen der Kolonialtruppen sind nach England geladen, um den Wählern die glücklichen Resultate der imperialistischen Politik vorzuführen. Auch das Versprechen, daß der Herzog von York mit seiner Gemahlin sich im nächsten Jahre zur Eröffnung des Bundesparlamentes im Lande der Kängurubs einfinden werde, dient dem gleichen Zwecke. Das Versprechen ist ein bischen langausehend, und die greise Königin verklausulirt sich denn auch mit dem Worten: „wenn die Verhältnisse es gestatten.“ Das schadet aber nichts, ein solches Versprechen hilft bei den Wahlen mitwirthschaften. Sonst kommen auch noch kleinere Vortheile der Regierung zu Nutze, wie der, daß die Wahlen auf Grund der alten Wahllisten stattfinden müssen, daß durch die Ueberstürzung der Wahl die in ihrem Wohnsitze beweglichen Arbeiter dadurch, daß sie nicht im Stande waren, in ihrem neuen Aufenthalte ihren Wahlstatus rechtzeitig zu reguliren, von der Wahl ausgeschlossen sind, und dergleichen Dinge mehr. Kurz, der Zeitpunkt der Wahl ist gut gewählt.

Es mag der Opposition verzweifelt wenig nützen, daß sie gegen diese Ausbeutung des Patriotismus protestiren und darauf hinweisen wird, daß an den Siegen der Armee die Regierung, das heißt die Verwaltung, keinerlei Antheil hat, und daß die Fruktifizirung der Siege für ihre Zwecke ein frevelhaftes Spiel ist, da die Verwaltung alles unterlassen hat, was diese Siege weniger blutig hätte machen können. Oder daß die Regierung die Mißerfolge in dem ersten Theile des Krieges durch mangelnde Voraussicht herbeigeführt und die Armee überhaupt in einer Verfassung hinausgeschickt, die heute den allgemeinen Ruf nach Reformen hervorgerufen hat. Es wird der Opposition wenig nützen, daß sie erklärt, der Krieg mit dem Transvaal sei nur durch eine ungeschickte Diplomatie herbeigeführt worden, daß durch eine Nachgiebigkeit zur rechten Zeit alles erreicht und der Krieg hätte vermieden werden können. Ebensowenig wird der Regierung bei den Wahlen durch den Hinweis auf den Jameson-Einfall und die traurige Enquete mit der Rehabilitirung Rhodes Abbruch geschehen. Das Hurrahgeschrei bei der Rückkehr der Soldaten und der Khaki-Rummel werden alle diese Einwände übertönen. Noch weniger aber werden sich die Wähler davon überzeugen lassen, daß der Augenblick gekommen, schon deswegen einen Systemwechsel eintreten zu lassen, damit die letzten Akte gegen die Existenz der Burenrepubliken in versöhnlicher Weise geführt werden, um hierdurch den Haß und das Rachegefühl des Feindes, wenn nicht zu beseitigen — was unmöglich sein dürfte —, doch zu mildern und den Besiegten zu zeigen, daß es sich auch unter britischer Flagge leben lasse.

Das Schlimmste aber für die Opposition ist ihre große Zerfahrenheit. Radikalismus, Separatismus, Sozialismus und Liberalismus marschiren getrennt und schlagen getrennt. Auf der Seite der imperialistischen Liberalen stehen Rosebery, Asquith, Sir Edward Grey. Sie haben der „Khakiwahlparole nichts Solides als Rekrimination gegen Vergangenes entgegenzuhalten. Sie sind im Uebrigen aber mit der Annektirung der Burenrepubliken einverstanden. Es fehlt also gewissermaßen das Oppositionsobjekt. Nun ist aber nach einem beruhmt gewordenen Palmerstonschen Ausspruche die Aufgabe der Opposition, zu opponiren. Wir sehen jedoch momentan nicht, wo die Opposition, die außerdem die Mißtrauen in der Transvaal-Frage gegen sie erweckenden Labouchere und Genossen an ihren Rockschößen hat, mit ihrer Opposition einsetzen kann. „Die Opposition ist Chaos, Unnacht, formlose Leere,“ schreibt ein Blatt heute, und ein anderes: „In der inneren Politik ist nichts vorhanden, was eine Kontroverse herbeiführen könnte oder besonderes Interesse erregte.“ Natürlich nicht, denn es wird jede Frage, und es wären deren wohl genug, durch die Siegesböller und den Khaki-Rummel erstickt. So liegt es denn auf der Hand, daß diese Opposition, „eine gebrochene Reihe von Einheiten, die nicht einmal einig in der Opposition,“ an einen Sieg nicht einmal denken kann und zufrieden sein muß, wenn sie sich numerisch wie bisher behauptet.

So wird die Wahlkampagne von den Liberalen höchstens mit halbem Herzen geführt werden und wahrscheinlich nur sich erbittert zeigen, wenn es gilt, den verhaßten Kolonialminister Joe Chamberlain zu vernichten. Mit der Veröffentlichung der Auflösungsabsicht der Regierung hat auch die Kampagne gegen ihn eingesetzt.*)

Das internationale Interesse an diesen Wahlen wird, da das Ergebniß voraussichtlich, kaum ein bedeutendes sein. Uns speziell in Deutschland kann nur daran liegen, daß das Kabinet Salisbury am Ruder bleibt, bis wir jene Angelegenheiten, die sich aus unserer Neutralität in der Transvaal-Frage ergeben, mit England abgewickelt haben. Ein schwaches Oppositionsministerium kann unseren Wünschen und Bestrebungen schwerlich frommen, da man mit einem solchen in internationalen Fragen nicht von heute auf morgen zu rechnen vermag, und die heutige internationale Lage eine gewisse Stetigkeit in der Verfolgung eines internationalen politischen Programms wünschenswerth macht.

• Zur **Beilegung des Buchbinderstreiks** schreibt unser ‡-Korrespondent noch aus **Leipzig**: Wie bereits telegraphisch mitgetheilt, tagte gestern unter Leitung des Tarifamts deutscher Buchdrucker ein aus Vertretern der Prinzipale und Gehilfen der Buchbindereien von Berlin, Leipzig und Stuttgart gebildetes Komitee, das nach zwölfstündiger Berathung zu folgenden hauptsächlichen Tarifvereinbarungen für das deutsche Buchbindergewerbe gelangte: Die Arbeitszeit beträgt, ausschließlich der Pausen, neun Stunden. Der Minimalstundenlohn wird für ausgelernte Gehilfen im ersten Jahre nach dreijähriger Lehrzeit beträgt er 29 Pf. Alle übrigen Gehilfen erhalten 44 Pf. Diejenigen Gehilfen, welche jetzt schon einen höheren Stundenlohn beziehen, erhalten zu den bisherigen Sätzen einen Zuschlag von 5 Prozent. Arbeiterinnen beziehen, so weit sie noch lernen, im ersten Halbjahr einen Minimalstundenlohn von 14 Pf., im zweiten Halbjahr 17 Pf. Gelernte Arbeiterinnen 22 Pf. (Falzerinnen), bezw. 27 Pf. (Maschinenarbeiterinnen). Die Zuschläge für Ueberstunden betragen bei Gehilfen: erste Stunde 10 Pf., zweite Stunde 15 Pf., die folgenden Stunden je 20 Pf.; — bei Arbeiterinnen pro erste Stunde 5 Pf., pro zweite 8 und für jede folgende 10 Pf. Diese Vereinbarungen beziehungsweise allgemeinen Tarifsätze sollen drei Jahre Giltigkeit haben, also bis 1. September 1903. Der spezielle Akkordarbeitentarif bleibt zu seiner Feststellung der Berathung zwischen Arbeitgebern und Gehilfen vorbehalten, er muß aber bis spätestens 15. Oktober in Kraft getreten sein, sowohl nach den Erklärungen der Prinzipal- wie nach denen der Arbeitervertreter ist eine Einigung in der Akkordfrage gesichert. Alle Ausständigen werden wieder in ihren alten Betrieben eingestellt und Maßregelungen nicht vorgenommen. Sämmtliche vorstehenden Vergleichspunkte sollen der Arbeiterschaft in Leipzig, Berlin und Stuttgart, desgleichen den Prinzipalvereinen in den genannten drei Städten zur endgiltigen Annahme vorgelegt werden. Wie Ihnen durch Privat-Telegramm bereits mitgetheilt, hat die Leipziger Arbeiterschaft die Annahme des Vergleichsvorschlags und die Wiederaufnahme der Arbeit für Montag beschlossen.

*) Wir haben im gestrigen Abendblatt eine kleine Blumenlese der Anschuldigungen gegeben, mit denen der oppositionelle „Morning Leader“ die Kampagne gegen Chamberlain beginnt.

Die Red. des B. T.

Die Mächte und der deutsche Vorschlag.

Zu denjenigen Mächten, welche durch die Note des Grafen Bülow auf dem Wege ihrer Sonderinteressen am unangenehmsten aufgerüttelt sind, gehören die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Von unserem Newyorker ‡‡-Korrespondenten erhalten wir folgendes Privat-Kabeltelegramm:

Die Note des Staatssekretärs Grafen v. Bülow hat in den Washingtoner Regierungskreisen Bestürzung hervorgerufen. Es ist bereits bekannt, daß das Kabinet in Bezug auf den russischen Vorschlag gespalten ist. Das Staatsdepartement ist rathlos. Staatssekretär Hay ist noch abwesend. Es gehen Gerüchte von seinem Rücktritt. Der stellvertretende Sekretär Hill versuchte vergebens, die Einigkeit im Kabinet wiederherzustellen, und begab sich mißvergnügt nach Hause; doch berief ihn Mac Kinley heute zurück. Alle Mitglieder des Kabinets sind bis auf eins jetzt von Washington abwesend.

Der „Sun“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem deutschen Botschaftssekretär Freiherrn Speck von Sternburg. Danach habe derselbe erklärt, obgleich Deutschland entschlossen ist, daß die schuldigen Anführer bestraft werden müssen, binde die Note Deutschland nicht zu einer Bestrafung vor dem Beginn der Unterhandlungen, falls die anderen Mächte den Vorschlag Deutschlands nicht annähmen. Deutschland sondire jetzt die anderen Mächte. Die Note bezwecke, sie zur Aeußerung über die Lage zu veranlassen. Deutschland wünsche Einigkeit im Vorgehen und sei bereit, Gegenvorschläge von den Mächten entgegenzunehmen.

Die „Associated Preß“ meldet in einer Erörterung über die deutsche Note, man nehme immer mehr an, daß, wenn die amerikanische Regierung zu einer schleunigen Entscheidung über den deutschen Vorschlag gezwungen wird, sie den Weg direkter Unterhandlungen mit China ergreifen und zu einer selbstständigen Erledigung gelangen werde.

Von den Newyorker Blättern bespricht nur die „Evening Post“ die deutsche Note. Sie sagt, die Note mache die schon gefährliche Lage noch verwickelter. Es sei unmöglich, die Schuld der Anstifter unter den Chinesen nachzuweisen. Die deutsche Forderung bedeute eine Verzögerung; die Vereinigten Staaten sollten sich sofort zurückziehen.

Die Haltung Amerikas ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß Amerika seit der Befreiung seines Gesandten mehr den Wunsch gehabt hat, sich angesichts der amerikanischen Wahlen so rasch wie möglich aus der chinesischen Affaire herauszuwickeln, als an einer gründlichen Lösung der chinesischen Frage mitzuwirken. Es fragt sich, ob Amerika allein bleiben wird, und ob es, wenn es allein bleibt, nicht doch die Konsequenzen einer isolirten Aktion scheuen und darum im Konzert der Mächte verbleiben wird.

Die Hoffnung, die Mehrheit der Mächte für den deutschen Vorschlag zu gewinnen, ist dadurch gewachsen, daß nun auch in Frankreich die Stimmung zu Gunsten der Bülowschen Note wächst. Die „Politische Korrespondenz“ meldet aus Paris: Die hiesigen politischen Kreise erblicken in der Cirkularnote des deutschen Staatssekretärs Grafen Bülow ein für die weitere Behandlung der chinesischen Frage sehr bedeutsames und dem Wesen nach mit Beifall zu begrüßendes Dokument. Man darf sagen, daß die gesammte öffentliche Meinung in Frankreich von dem Geiste der Mäßigung, der diese Berliner Kundgebung erfüllt, sehr angenehm berührt worden ist. Durch die Sprache des Rundschreibens sind gewisse Bedenken, die von einem Theile der diplomatischen Welt bezüglich des Umfanges der deutschen Wünsche gegenüber China gehegt wurden, entkräftet worden. In der Reihe der zustimmenden Aeußerungen der Presse über den Vorschlag des Berliner Kabinets verdient unter diesem Gesichtspunkte ein Artikel des „Figaro“ besondere Beachtung, der die beruhigende Wirkung des Cirkulars mit den Worten kennzeichnet, daß die Vorurtheile, die man gegen die Mission des Grafen Waldersee haben mochte, sich zerstreuen werden, und daß das Einvernehmen der Mächte jetzt eine Kräftigung erfahren werde.

Da man in Paris von der in Petersburg herrschenden Strömung meist gut unterrichtet zu sein pflegt, läßt diese Haltung der französischen politischen Kreise auch auf die Zustimmung Rußlands schließen. Amerika dürfte sich aber dann

Heute die Beilage „ULK“ Nr. 38.